

Beschluss des Landrats vom 02.06.2022

Nr. 1571

48. Behindertengleichstellung leben - Demokratie stärken 2021/410; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Miriam Locher (SP) wandelt den Vorstoss in ein Postulat um. Es ist sinnvoll abzuwarten, was auf Bundesebene geschieht.

Balz Stückelberger (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion lehne auch ein Postulat ab. Nicht wegen des Inhalts – es handelt sich um ein ganz wichtiges Thema –, aber man weiss, dass das Thema aktuell auf Bundesebene behandelt wird. Es gibt eine Arbeitsgruppe, in der die Kantone involviert sind. Es ist logisch, dass Bundesrecht mit kantonalem Recht übereinstimmen muss. Es kann nicht sein, dass unterschiedliche Partizipationsvoraussetzungen bei kantonalen oder Bundesabstimmungen vorhanden sind. Man kann das Postulat nun überweisen und es wird solange in eine Schublage gelegt, bis es abgeschrieben wird, wenn das kantonale Recht demjenigen des Bundes angepasst wird. Das ist für die Vertreter der Verfahrensökonomie nicht sehr sinnvoll, weshalb die FDP-Fraktion der Meinung ist, es könnte auch jetzt abgeschrieben werden. Die Lösung kommt sowieso. Eine Prüfung auf kantonaler Ebene ist nicht nötig. Man hätte somit ein Postulat weniger auf dem Pendenzenberg, was auch nicht verkehrt wäre.

Miriam Locher (SP) entgegnet – obwohl die Argumentation von Balz Stückelberger grundsätzlich nachvollzogen werden könne –, dass der Regierungsrat auch wisse, dass Anpassungen nötig seien. Der Landrat soll diesen Vorstoss auch als Bekenntnis gegenüber den betroffenen Menschen und als Zeichen, die Demokratie stärken zu wollen, überweisen.

Werner Hotz (EVP) unterstützt das Votum von Miriam Locher. Die Überweisung des Postulats demonstriert, dass der Landrat hinter der kommenden Vorlage steht. Die Grüne/EVP-Fraktion wird das Postulat überweisen.

Peter Brodbeck (SVP) gibt Balz Stückelberger grundsätzlich recht. Aber bei einem so heiklen Thema die Ökonomie in den Vordergrund zu stellen, scheint der SVP-Fraktion schwierig. Eine Motion hätte die SVP-Fraktion nicht unterstützt, denn es braucht eine saubere Auslegeordnung, unter welchen Umständen diese Personen abstimmen können. Man wird sich auf die kommende Bundeslösung abstützen können und der Landrat wird Bericht erhalten, wie diese im Kanton Basel-Landschaft umgesetzt werden könnte. Die Überweisung des Vorstosses soll ein Signal an die Regierung sein, dass der Landrat auf diesem Weg weitermachen möchte.

://: Mit 54:17 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
